

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Auswirkungen der Entwicklungen in der Türkei auf Hochschulkooperationen

Den Medien konnte in den letzten Wochen entnommen werden, dass die türkische Regierung nach dem gescheiterten Militärputsch vom 15. Juli 2016 auch massiv in die Wissenschaftsfreiheit eingegriffen hat. So wurden Hochschuldekaninnen und -dekane zum Rücktritt gezwungen, Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen ein Ausreiseverbot erteilt und sich im Ausland befindliche Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen zur schnellstmöglichen Rückkehr in die Türkei aufgefordert.

Die Türkei nimmt derzeit an dem Programm Erasmus+ teil und ist assoziiertes Partnerland der European Higher Education Area/European Research Area. Die Hochschulen im Land Bremen pflegen bisher einen sehr guten Austausch mit verschiedenen türkischen Universitäten, sowohl auf Forschungsebene als auch beim Studierendenaustausch.

Die aktuellen Entwicklungen in der Türkei werfen Fragen nach der zukünftigen Zusammenarbeit zwischen Bremer und türkischen Hochschulen und sich daraus ergebenden Konsequenzen etwa für hier lebende Studierende und für Forschende mit türkischer Staatsbürgerschaft auf.

Wir fragen daher den Senat:

1. Welche Kooperationsprojekte und Austauschprogramme bestehen derzeit zwischen Bremer und türkischen Hochschulen?
2. Wie viele Studierende und Lehrende mit türkischer Staatsangehörigkeit befinden sich derzeit im Rahmen von Austauschprogrammen in Bremen?
3. Wie viele Studierende und Lehrende aus Bremen befinden sich derzeit im Rahmen von Austauschprogrammen in der Türkei?
4. Wie wirken sich die derzeit in der Türkei stattfindenden Reaktionen auf den gescheiterten Militärputsch vom 15. Juli 2016 auf Forschungs- und Lehrkooperationen mit Bremer Hochschulen aus?
5. Sieht der Senat die Notwendigkeit zur Verstärkung des Aufenthalts von türkischen Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftlern und Studierenden in Bremen, die nicht in Türkei zurückkehren können, und wie wäre dies zu realisieren?

Dr. Henrike Müller, Dr. Maike Schaefer,
und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN